

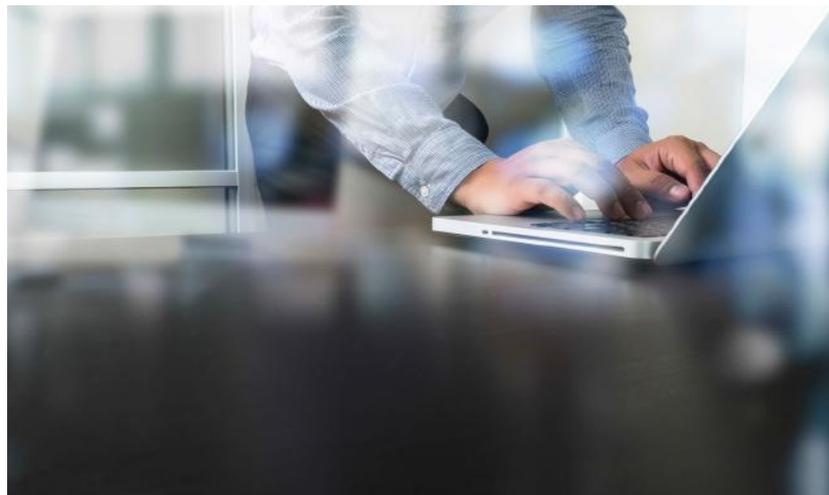
# Quellcode vom Staat

**Informatik** Die öffentliche Verwaltung setzt vermehrt auf Open-Source-Software. Firmen warnen vor staatlicher Konkurrenz und Mehrkosten.

MARCO BRUNNER

**F**rançois Marthaler weiss, wovon er spricht. Der ehemalige Politiker und heutige Informatikunternehmer kennt die Tücken der kantonalen IT-Infrastruktur. Als Waadtländer Regierungsrat plädierte er für einheitliche Informatiklösungen, die von den Behörden auf kommunaler und kantonaler Ebene zusammengeführt und genutzt werden können. «Ich freue mich, dass der Kanton Waadt viele Beiträge zur Open-Source-Software-(OSS-)Plattform GitHub leistet», sagt Marthaler. Auf dieser Plattform werden Quellcodes, also Bauanleitungen für Software, gratis angeboten und weiterentwickelt.

Das Beispiel Waadt zeigt, wie staatliche Akteure im Software-Geschäft mitmischen. Zum einen profitieren sie vom Software-Austausch auf solchen Plattformen. Zum anderen werden sie zu Anbietern freier und kostenloser Software (siehe Box). Das bedeutet, dass mit Steuergeldern Softwarelösungen erstellt werden, die später als Grundlage für kommerzielle Anwen-



Computernutzer: Der Staat mischt bei der Software mit.

dungen dienen. Ausserdem wenden sich die staatlichen Anbieter so von gängigen Lizenzprogrammen wie zum Beispiel von Microsoft ab. Kritiker warnen, die öffentliche Verwaltung trete in Konkurrenz zu privaten Anbietern von Lizenzsoftware.

Das Anbieten von Software durch staatliche Stellen führte bereits 2011 zu einer Kontroverse. Damals entschied sich das Bundesgericht, mit seinem OSS-Projekt «Open Justitia» eigene Software zu entwickeln und die Quellcodes kostenlos

an andere Gerichte weiterzugeben. Weblaw, eine private Anbieterin von Anwendungen für die Online-Publikation von Gerichtsurteilen, erachtete dies als Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Hierauf gab der Bundesrat ein Gutachten in Auftrag. Zwei Experten schätzten das Engagement des Bundes prompt als heikel ein. Das Bundesgericht krebste zurück.

## Neuer Anlauf der OSS-Befürworter

Nun wagen Verfechter staatlicher Open-Source-Lösungen einen neuen Anlauf. So sind die Stadt und der Kanton Bern kürzlich mit Vorstössen vorgesprescht: Ein Projektkredit über 843 000 Franken wurde bewilligt, der eine Potenzialanalyse von OSS für die städtische Verwaltung vorsieht. Die Analyse läuft unter dem Projektnamen «POTOSS» und erweist sich als Goldgrube für Informatik- und Consultingfirmen. Alleine für externe Beratung und Projektmanagement werden bis Ende 2017 rund 436 000 Franken veranschlagt. Ziel ist, bei der Verwaltung längerfristig proprietäre Lizenzsoftware, zum Beispiel von Firmen wie Microsoft und Citrix, durch OSS zu ersetzen. Die Kosten für diese Entkoppelung dürften laut Schätzungen des Gemeinderats Bern in die Millionen gehen. Ob ein langfristiger Nutzen oder Einsparungen resultieren, ist aber unklar. Die Stadt Bern rühmt sich im Projektbeschrieb jedoch bereits, «die womöglich OSS-freundlichste Gemeinde» zu sein.

Gleichzeitig möchte auch die Kantonsverwaltung die Umstellung auf OSS-Anwendungen vortreiben. Das Engagement des Staates als OSS-Anbieter sei unbedenklich, «so lange ein sachlicher Zusammenhang mit der gesetzlichen Aufgabe besteht», heisst es in einem im Auftrag des Kantons publizierten Gutachten. Dieses erachtet es – im Gegensatz zur früheren Expertise im Auftrag des Bundes – als unproblematisch, wenn staatliche Akteure OSS entwickeln und anbieten.

Diese Kehrtwende stösst auf Kritik: «Es ist nicht nachvollziehbar, warum Softwarelösungen, die in hoher Qualität seit vielen Jahren auf dem Schweizer Markt existieren, nochmals mit Steuergeldern nachgebaut werden müssen», sagt Sarah Montani, CEO bei Weblaw. Sie ist überrascht, dass es Aufgabe des Kantons sein soll, ohne gesetzliche Grundlage oder

mit einer neu geschaffenen gesetzlichen Grundlage diese Produkte anzubieten.

Gegner der Berner OSS-Offensive stellen ausserdem die Unabhängigkeit des Co-Gutachters Simon Schlauri infrage. Schlauri gilt als engagierter Verfechter von OSS. Er sitzt im Vorstand des Vereins CH Open, des Schweizer Interessenverbands der OSS-Community. Dieser macht sich für OSS beim Staat stark. Schlauri weist den Vorwurf des Interessenkonflikts zurück: «Meine Verantwortung lag in der Darstellung des privatrechtlichen und ökonomischen Umfeldes von OSS, sie wird inhaltlich kaum angreifbar sein.» Derweil teilt das Amt für Informatik und Organisation des Kantons Bern mit: «Wir zweifeln nicht an der Eignung von Simon Schlauri als Co-Gutachter.» Schlauri habe das Vorstandsmandat beim Verein CH Open erst gegen Ende seiner Gutachter-tätigkeit angetreten.

Wie viel dieses vorerst letzte Gutachten wert ist, wird sich zeigen. Fest steht, dass es bei den Behörden in Sachen OSS unterschiedliche Strategien gibt. Offiziell werden proprietäre und Open-Source-Software gleich behandelt. Doch während man bei Stadt und Kanton Bern OSS forciert, gibt sich der Bund zurückhaltend: «Für die Bereitstellung von dedizierter Software für andere braucht es einen expliziten Auftrag und eine ausreichende Gesetzesgrundlage», sagt Gisela Kipfer, Kommunikationsverantwortliche beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB).

## Zugriff auf originale Codes zentral

Die Bereitstellung der Quellcodes für andere ist aber ein Grundprinzip von OSS. Darum sind sogenannte Closed Communities wie derzeit CAMAC suisse, eine Applikation konzipiert durch einen Verbund von acht Kantonen, bei OSS-Befürwortern verpönt. Closed Communities bedeutet nämlich, dass die Quellcodes nur einer Gruppe von Nutzern frei zur Verfügung stehen. Externe Anbieter können nicht mitentwickeln, da sie keinen Zugriff auf die originalen Codes haben. Das heisst, der Staat entwickelt alleine mit Seinesgleichen.

Dass dies auf Widerstand stösst, ist klar: «Es ist eigentlich egal, wer der Urheber des Open-Source-Projektes ist. Die Frage der Lizenzierung ist entscheidend», sagt Marcel Dobler, Nationalrat (FDP) und Gründer von Digtect. Nur wenn man als Unternehmen den Code wieder nutzen dürfe, sei man auch günstiger in der Entwicklung. Nur so könne sichergestellt werden, dass externe OSS-Bewerber bei der Vergabe von IT-Projekten mitbieten können, ist Dobler überzeugt. «Wenn ich hingegen den Code nicht in eine eigene Softwarelösung einbauen darf und nur die Nutzung der durch den Staat zur Verfügung gestellten Software frei ist, würde der Staat zu meinem Konkurrenten.»

Es ist nun am Bundesrat, die Leitlinien für eine einheitliche OSS-Strategie zu setzen. Die parlamentarische Gruppe digitale Nachhaltigkeit wartet auf Antworten des Bundesrates zu hängigen Vorstössen. Nicht auszuschliessen ist, dass in dieser Sache noch weitere Gutachten folgen.

ANZEIGE

Dividendenrendite\*

# 5%

## Am Puls der Biotech-Industrie

Eine neue Generation von Biotech-Medikamenten mit Blockbusterpotenzial beschleunigt die Gewinndynamik bei ihren innovationsstarken Entwicklern. Das drehende Übernahmekarussell aufgrund auslaufender Patente seitens Big Pharma stellt einen weiteren Kurstreiber dar. Wir sind am Puls der Biotech-Industrie und identifizieren die vielversprechendsten Werte. BB Biotech ist in diesem Sektor führender Investor mit mehr als 20 Jahren Erfahrung und einer starken Performance des Portfolios.

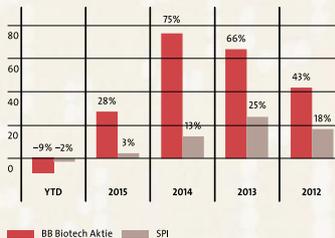
Partizipieren Sie am dynamischen Wachstumsmarkt. Nach dem jüngsten Kursrücksetzer ein attraktiver Einstiegszeitpunkt.

ISIN: CH0038389992

### BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT BB BIOTECH AG

<b>Börsenkaptalisierung</b>	<b>Annualisierte Rendite</b>
<b>CHF 2.8 Mrd.</b>	<b>13%</b>
<b>Ticker SIX Swiss Exchange</b>	<b>Gründung</b>
<b>BION SW</b>	<b>1993</b>

### % Performance BB Biotech



Quelle: Bloomberg, alle Daten per 30. September 2016, in CHF, dividendenadjustiert

www.bbbiotech.com

**BB Biotech**  
Bellevue Investments

Anzeige: Obige Angaben sind Meinungen der BB Biotech AG und sind subjektiver Natur. Die vergangene Performance ist keine Garantie für zukünftige Entwicklungen. \*Rendite berechnet auf den gewichteten Durchschnittskurs der Aktie im Dezember des jeweiligen Geschäftsjahrs.

## FREIE SOFTWARE

### Was ist Open-Source-Software?

**Quellcode** Open-Source-Software (OSS) hat den Ursprung in der Hacker- und «Freie Software»-Bewegung der 1970er- und 1980er-Jahre. Das Grundprinzip ist die Veröffentlichung des dem Computerprogramm zugrunde liegenden Quellcodes. Die Veröffentlichung alleine sagt aber noch nichts über die gewährten Verwendungsrechte und Nutzungsfreiheiten aus. Darum ist die Frage der Lizenzierung von so grosser Bedeutung.

**Regeln** Eine Studie des IT-Fachverbands SwissICT aus dem Jahr 2015 zeigt, dass die Niederlande, anders als die Schweiz, eine klare Regelung für OSS auf Bundesebene haben. So müssen die niederländischen Behörden grundsätzlich OSS einsetzen oder klar begründen, weshalb sie es nicht tun. Die Gesetzgeber erhoffen sich von diesem Standard mehr Transparenz bei der Kosten-Nutzen-Abwägung in der IT-Politik und bei der Auftragsvergabe.